

Lieber unabhängig

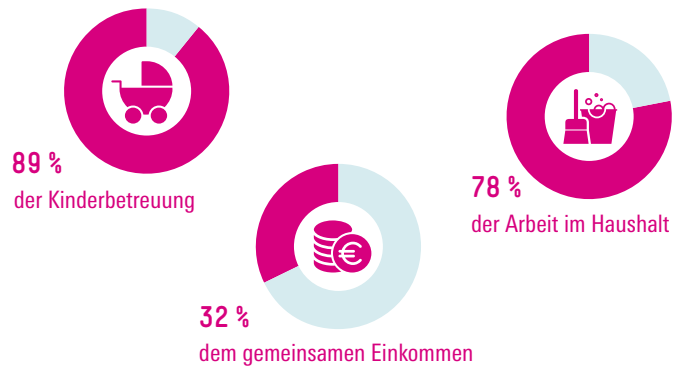
Die meisten Paare legen zwar ihr Einkommen zusammen. Doch wenn Frauen mehr verdienen, bevorzugen sie getrennte Kassen.

Die Sozialwissenschaftlerin Yvonne Lott von der Hans-Böckler-Stiftung weist in einer empirischen Studie nach, dass getrenntes Wirtschaften in einer Partnerschaft umso wahrscheinlicher wird, je mehr die Frau verdient. Lott hat Daten des Sozio-oekonomischen Panels aus den Jahren 2004, 2005 und 2008 ausgewertet, die sich auf fast 2.900 heterosexuelle Paare in erwerbsfähigem Alter beziehen. Etwa drei Viertel der befragten Paare verwalten der Analyse zufolge ihr Geld gemeinsam, 15 Prozent unabhängig voneinander und 9 Prozent zum Teil getrennt. Von den nichtehelichen Lebensgemeinschaften wirtschaftet weniger als ein Drittel gemeinsam, bei den Ehepaaren sind es 83 Prozent. Auch wenn Faktoren wie die Dauer der Beziehung, das Alter oder die Ausbildung der Partner herausgerechnet werden, bleibt ein signifikanter Unterschied zwischen ehelichen und nichtehelichen Beziehungen. Wenn man nicht Paare mit und ohne Tauschein vergleicht, sondern untersucht, wie sich eine Heirat auf das Verhalten von Paaren auswirkt, ergibt sich ebenfalls ein deutlicher Effekt auf den Umgang mit Geld.

Von maßgeblicher Bedeutung ist zudem das Einkommen der Frau: Bei Paaren mit getrennter Kasse ist es im Schnitt fast

Ungleiche Arbeitsteilung

So hoch ist in Paaren der durchschnittliche Anteil der Frauen an ...



Quelle: Lott 2017

Grafik zum Download: bit.do/impuls0716

Hans Böckler
Stiftung

doppelt so hoch wie bei denen, die ihre Finanzen gemeinsam verwalten. Einkommenszuwächse auf Seiten der Partnerin erhöhen signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass Paare unabhängig voneinander haushalten. Lott schließt daraus, dass Frauen in einer Beziehung stark an finanzieller Unabhängigkeit interessiert sind und diesen Wunsch realisieren, sobald sie sie es sich leisten können. Ein wichtiger Grund: In traditionellen Partnerschaften laufe ein gemeinsames Konto oft darauf hinaus, dass der Mann einseitig Kontrolle über die Finanzen ausübt. <

Quelle: Yvonne Lott: When My Money Becomes Our Money: Changes in Couples' Money Management, Social Policy & Society 2/2017

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Seltene Ausbildung, selten befristet

Die Chance auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag hängt vom erlernten Beruf ab. Entscheidend ist, wie häufig oder selten die eigene Ausbildung ist.

Industriekaufleute müssen sich häufiger mit einem Vertrag auf Zeit begnügen als Bäcker. Wer sich für einen Beruf entscheidet, in dem relativ wenig ausgebildet wird, hat bessere Karten am Arbeitsmarkt. Er oder sie ist seltener von den Nachteilen befristeter Beschäftigung betroffen – Unsicherheit, geringere Bezahlung, schlechtere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen, erhöhtes Risiko, bald wieder arbeitslos zu sein. Zu diesem Schluss kommt Stefan Stuth vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Der Forscher hat Daten zu über 1.000 Berufen und rund 680.000 Arbeitnehmern ausgewertet. Es zeigt sich: „Beschäftigte in Berufen, deren Ausbildungszertifikate inflationär verliehen werden, unterliegen einem deutlich erhöhten Befristungsrisiko“. Das gilt auch, wenn Einflüsse von Alter, Bildung, Wirtschaftszweigen und Ähnlichem statistisch neutralisiert werden.

Stuth hat die verschiedenen Ausbildungsgänge nach ihrer Häufigkeit beziehungsweise Seltenheit sortiert, indem er die Zahl der neu verliehenen Ausbildungszertifikate zur Zahl der im jeweiligen Beruf bereits Beschäftigten ins Verhältnis gesetzt hat. Demnach kommen auf 100 Bäcker jährlich nur 5 neu Ausgebildete, bei Kaufleuten liegt die entsprechende Zahl dagegen

bei über 20. Mit jedem zusätzlichen Ausgebildeten je 100 Beschäftigte steigt das Befristungsrisiko um 4,4 Prozentpunkte.

Seine Ergebnisse seien zum einen für die Berufsberatung von Interesse, sagt der Wissenschaftler. So könne man Jugendliche auf die Risiken einer Ausbildung in einem extrem populären Beruf aufmerksam machen. Seltener vergebene Abschlüsse motivieren Arbeitgeber offenbar eher, Bewerbern ein langfristiges Angebot zu machen. Zum anderen seien berufsspezifische Anpassungen der Befristungsregeln denkbar. Generell hält Stuth es zum Schutz der besonders betroffenen Gruppen für sinnvoll, den rechtlichen Rahmen so zu verändern, dass Arbeitgeber Befristungen nicht zur reinen Kostensenkung einsetzen. Dem ließe sich etwa durch höhere Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung vorbeugen. Dies wäre aus Sicht des WZB-Forschers sachlich durchaus angemessen, schließlich sind Arbeitnehmer mit Zeitvertrag öfter als andere auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen. <

Quelle: Stefan Stuth: Zusammenhänge zwischen Beruf und befristeter Beschäftigung, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2017 Download: bit.do/impuls0717